1. **Der deutschen Wirtschaft gehen die Fachkräfte aus.**
   Mehrere Wirtschaftsvertreter warnten, dass dieser Mangel an qualifizierten Fachkräften den Aufschwung am Arbeitsmarkt behindere.
   Quelle: Focus

   Anmerkung: *Krokodilstränen. Zuerst bietet man zu wenig Ausbildungsplätze und dann wundert man sich über zu wenig Fachkräfte. Was ist eigentlich mit den älteren Fachkräften. Warum hat man sie nicht weitergebildet?*

2. **Airbus-Sanierung: Ausgliedern, Löhne drücken, ins Ausland verlagern**
   Wenn Airbus Werke an Zulieferer verkauft, dann dient das dazu, Preise massiv zu drücken – wie in der Kfz-Industrie. Entwicklungs- und Kostenrisiken werden auf die Zulieferindustrie abgewälzt. Um das Währungsrisiko in den Griff zu bekommen, ist Airbus gezwungen, große Teile der Produktion in den Dollarraum zu vergeben oder Zulieferungen in Greenback abzurechnen. Letzteres würde diese Unternehmen wiederum zwingen, sich ihrerseits nach Sublieferanten außerhalb der Euro-Grenzen umzusehen.
   Quelle: FR
3. **Warum die Gewerkschaften für eine Fortsetzung der geförderten Altersteilzeit eintreten**
   Im Kern muss es bei all diesen Überlegungen darum gehen, mit den Tarifvertragsparteien neue Modelle zu entwickeln und den Betrieben weiterhin Möglichkeiten zu eröffnen, die es den Beschäftigten erlauben, gesund und ohne hohe Rentenabschläge bedarfsgerecht aus dem Berufsleben ausscheiden zu können. Wenn Politik dies nicht als ihre Aufgabe versteht, hat sie ihren Auftrag verfehlt.
   Quelle: FR
4. **Statistisches Bundesamt: Deutsche Ausfuhren in Nicht-EU-Länder 2006 stark gestiegen**
   Die deutschen Exporte in Staaten außerhalb der Europäischen Union (EU) sind 2006 mit 17,3% (auf 337,6 Milliarden Euro) gegenüber dem Jahr 2005 stärker gewachsen als die Ausfuhren in die EU-Mitgliedstaaten (+ 12,0% auf 558,5 Milliarden Euro). Insgesamt nahmen die deutschen Ausfuhren im Vergleich zum Jahr 2005 um 14,0% auf 896,0 Milliarden Euro zu.
   Besonders stark stiegen die Ausfuhren nach Russland (+ 35,3% auf 23,4 Milliarden Euro) und nach China (+ 29,6% auf 27,5 Milliarden Euro). Auch die Ausfuhren in die 2004 beigetretenen zehn neuen EU-Mitgliedstaaten wuchsen überdurchschnittlich (+ 21,6% auf 83,7 Milliarden Euro). Ein besonders starkes Plus gab es bei den Ausfuhren nach Polen (+ 29,0% auf 28,8 Milliarden Euro).

Die Gesamteinfuhren (731,5 Milliarden Euro) nahmen 2006 mit einem Zuwachs von 16,5% gegenüber 2005 stärker zu als die Gesamtausfuhren (+ 14,0%).
Quelle: Statistisches Bundesamt

5. **Wahlforscher Güllner: Die Republik war nie so schwarz wie heute**
   Die Menschen sind sehr geduldig und haben darauf gewartet, dass die SPD wieder vernünftig wird. Seit den siebziger Jahren gab es einen Mitgliederstrom an Schichten, die sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Mehrheit orientierte, sondern an ihren eigenen.
   Quelle: taz

   Anmerkung: *Der Schröder- Freund Güllner hat leider vergessen, zu sagen, dass gerade mit dem Agenda-Kurs die SPD in die „Krise" geriet und eine Wahl nach der anderen verloren hat, weil dieser Kurs sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Mehrheit orientierte.*

6. **Statt Tornados zu schicken, sollte Deutschland in der Nato auf eine neue Strategie am Hindukusch drängen. Von einer Ausweitung des Krieges profitieren nur die Taliban.**
   Wenn die Abgeordneten des Bundestages voraussichtlich am 9. März über den Tornado-Antrag befinden, sollten sie sich bewusst sein, dass ihre Entscheidung Weichen stellt. Ihre Zustimmung wird unausweichlich die nächste Order nach sich ziehen. Zu Recht monieren die Militärs vor Ort, dass die ihnen abverlangte Erzwingungsstrategie viel mehr Kampftruppen am Boden erfordert, als sie heute aufbieten können. Es wäre die Investition in ein Fass ohne Boden und eine Bankrotterklärung zugleich.
   Nötig ist die politische Neubestimmung des Kurses zur Befriedung Afghanistans. Solange Washington in seiner hermetischen Weltsicht verharrt, kann der Anstoß dazu nur aus Europa kommen.
   Quelle: taz
7. **Frank Bsirske: Das „Reformmärchen": Positive Entwicklung nicht wegen, sondern trotz der Regierungspolitik**
   Der kräftige Wirtschaftsaufschwung des vergangenen Jahres hat die Spaltung im Lande weiter vertieft. So sind nach jüngsten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr die Einkünfte aus Unternehmen und Vermögen um 7,3 Prozent, die der Arbeitnehmer hingegen nur um 1,4 Prozent gestiegen, und das bei einer Teuerungsrate von 1,7 Prozent. Der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen ist seit dem Jahr 2000 von 72,2 auf 66,2 Prozent gesunken.
   Quelle: ver.di News

8. **Kurzsichtig vergrätzt die Telekom Mitarbeiter und Kunden. Die Gewerkschaft protestiert zu Recht.**
   Wenn die Telekom ihren Personalaufwand senkt, profitieren ebenfalls ihre Rivalen. Denn die geringeren Kosten lassen die Preise auch für jene Leistungen sinken, die die Konkurrenten bei der Telekom einkaufen, um sie anschließend weiter zu vermarkten. Weil das in großem Stil geschieht, entsteht der Telekom also nicht einmal ein Wettbewerbsvorteil, wenn sie die Gehälter ihrer Mitarbeiter drückt. Die Lohn-Preis-Spirale dreht sich lediglich nach unten. Und das in einem Land, in dem das Telefonieren noch nie so billig war wie heute.
   Quelle: Die Zeit
9. **Jörg Huffschmid: Die neoliberale Deformation Europas**
   Drei Tatsachen werden in den offiziellen Erklärungen zur 50-Jahr-Feier allerdings nicht vorkommen. Zum einen wird der Hinweis darauf fehlen, dass die Gründung der EWG als reine Wirtschaftsgemeinschaft weit hinter den nach dem Zweiten Weltkrieg vorherrschenden Wünschen der Menschen zurückblieb, eine gesamteuropäische politische Union zu schaffen, die dauerhaften Frieden in Europa sichern könne. Zweitens wird unerwähnt bleiben, dass selbst aus der nur wirtschaftlichen Integration in 50 Jahren das Gegenteil einer auf gemeinsamen Regeln aufgebauten Gemeinschaft geworden ist, die im Vertrag von Rom geplant war. Drittens werden die Festansprachen verschweigen, dass die deutsche Regierung die Hauptverantwortung für die fortschreitende – wenn auch noch nicht abgeschlossene – Verwandlung der Europäischen Gemeinschaften in eine durch Marktfundamentalismus und soziale Polarisierung geprägte Zone neoliberaler Deformierung trägt.
   Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik
10. **Über den geplatzten Traum von der „Belohnung“ durch Bildung in den USA**
    Jared Bernstein vom arbeitnehmernahen Economic Policy Institute wendet sich gegen den von Präsident Bush vermittelten Eindruck, die wachsende Ungleichheit der Einkommen sei auf eine stärker werdende „Belohnung“ von Bildung und Ausbildung zurückzuführen. „Es gibt keinen Beleg dafür, dass ein hohes Maß an Qualifikation verhältnismäßig mehr einträgt als früher“, sagt Bernstein. Folglich müsse eine Politik zur Verringerung der Ungleichheit nicht nur auf bessere Bildungsmöglichkeiten zielen, sondern auch Dinge wie einen höheren Mindestlohn und die Stärkung der Gewerkschaften berücksichtigen.
    Quelle: FAZ

    Anmerkung: *Vielleicht sollten daraus die Vertreter des „vorsorgenden Sozialstaats“, der Bildung als das zukünftige Lösungsmittel für die Bewältigung von Armut und Arbeitslosigkeit verspricht, schon mal einen Blick in die USA werfen.*

11. **Präsident der TU München: Ausländische Studenten sollen künftig bis zu 100.000 Euro Studiengebühren zahlen,**
Wolfgang Herrmann möchte von ausländischen Studierenden kostendeckende Gebühren verlangen dürfen. Die exzellente Ausbildung in den Medizin-, Biologie- oder technischen Studiengängen deutscher Universitäten koste teilweise mehr als 100.000 Euro, sagte Herrmann im Rahmen der Veranstaltung "Hochschul-Quartett", die am 28. Februar auf Einladung des manager magazins (!) und des Deutschlandfunks (DLF) an der Freien Universität Berlin stattfand.
Quelle: Unispiegel

Anmerkung: *So stellt sich also ein Elite-Unipräsident den Kampf um die „besten Köpfe" vor. Der clevere Herrmann weiß natürlich genau, dass er damit ein trojanisches Pferd in die Unis hineinschmuggelt, an dessen Ende kostendeckende Gebühren für alle stehen.*
Er weiß natürlich genau, dass er mit dem populistischen Ausländerargument nie durchkommen wird, denn gegen eine Ungleichbehandlung von deutschen und europäischen Studierenden steht das EU-Recht und bei Studierenden etwa aus Asien das Diskriminierungsverbot der internationalen GATS-Verträge.

12. **Wir sind alle Praktikanten**
Die Generation Praktikum ist nicht das Risiko einer kleinen randständigen Gruppe prekärer Akademiker. Sie ist Vorbote einer Globalisierung, die auch das ganze westliche Lebens- und Erwerbsmodell auf den Kopf stellen wird: Beruf, Geld und Liebe
Quelle: Otto-Brenner-Stiftung
13. **Rentenzugang flexibilisieren – Arbeitsbedingungen verbessern**
Während die schwarz-rote Koalition noch in diesem Monat die »Rente mit 67« durchs Parlament peitschen will, legt der Arbeits- und Sozialpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Brandner, Forderungen für einen flexibilisierten Rentenzugang vor. Eindrucksvoller lässt sich der Unsinn des Vorhabens »Rente mit 67« durch seine Verfechter kaum dokumentieren. Statt politischer Umkehr schlägt Brandner ein Modell vor, das am Ende wohl wieder weitgehend alleine von den ArbeitnehmerInnen zu finanzieren sein wird
Quelle: Arbeitnehmerkammer
14. **Direktor des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung James Vaupel fordert: Rentenalter abschaffen**
Sicherlich können 80- bis 90-Jährige heute nicht mit gleicher Kraft arbeiten wie 30- bis 40-Jährige. Aber im Prinzip sollten die Menschen pro Jahrzehnt zwei bis drei Jahre länger arbeiten können, weil ihr gesundes Lebensalter ja um so viel steigt. Für

Deutschland wäre es darum eine vernünftige Option, das Rentenalter an die stetig steigende Lebenserwartung zu koppeln. Ich persönlich wäre allerdings für eine radikalere Lösung: Man sollte das verpflichtende Rentenalter abschaffen, wie in den USA.
Das Rentensystem setzt die falschen Anreize: Menschen sind eher bereit zu arbeiten, wenn sie das Geld nötiger brauchen. Die deutschen Renten sind aber so großzügig, dass kaum jemand die Motivation verspürt, aus finanziellen Gründen länger zu arbeiten. Das wird sich allerdings automatisch ändern. Weil die Bevölkerung altert, wird es unmöglich sein, die heutige Rentenhöhe zu halten, sie wird sinken. Und dann wird es auch mehr Anreiz geben, länger zu arbeiten.
Quelle: Die Zeit

Anmerkung: *Der Realitätsverlust unserer Demografieforscher nimmt skurrile Züge an.*
Dass die deutschen Renten großzügig seien, kann nur ein nach beamtenähnlich bezahlter Max-Planck-Präsident behaupten. „Ich will arbeiten, bis ich 80 bin. Wenn es geht, noch länger" sagt Vaupel. Das kann nur jemand sagen, der an seinem Schreibtisch sitzend, hochbezahlt herumfabulieren darf. Z.B.: „Die Deutschen arbeiten heute im Durchschnitt 16,5 Stunden pro Woche und Kopf. Das ist so wenig, weil viele überhaupt nicht arbeiten, zum Beispiel Kinder und Ältere." Hat Vaupel jemals zur Kenntnis genommen, das viele im Erwerbsfähigen Alter 50 oder gar 60 Stunden und im Normalarbeitsverhältnis durchschnittlich deutlich über 40 Stunden gearbeitet werden muss (!) und dass Millionen unfreiwillig null Stunden arbeiten oder in Teilzeit arbeiten müssen, weil sie keine andere Arbeit finden.

Dazu passt die Glossse „Ewige Jugend"
Quelle: Berliner Zeitung